

Francis Seeck & Brigitte Theißl (Hg.)

Solidarisch gegen Klassismus –
organisieren, intervenieren,
umverteilen

UNRAST

Anne Seeck

Von Umverteilung ist kaum etwas zu hören

Isoliert und vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sein – das kennen einkommensarme Menschen auch ohne Corona-Ausnahmestand

Seit März 2020 herrscht aufgrund der Corona-Krise eine Art Ausnahmezustand. In dieser Situation befinden sich einkommensarme Menschen permanent – wenn sie nicht gerade in einer Großstadt wie Berlin leben, wo es gewöhnlich eine umfangreiche soziale Infrastruktur und viele kostenlose Angebote gibt. Sie sind es gewohnt, isoliert in ihren Wohnungen zu sitzen und vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein. Nach draußen zu gehen, bedeutet für sie schon immer, Geld ausgeben zu müssen, über das sie nicht verfügen. Viele Dinge, die Menschen aus der Mittelschicht in Corona-Zeiten schmerzlich vermissen, sind für Einkommensarme auch in ihrem normalen, alltäglichen Leben nicht möglich, etwa Reisen, Besuche von Restaurants, teuren Konzerten und Sportkursen.

Normalerweise interessiert sich die Öffentlichkeit kaum für derlei Facetten aus dem Leben der Armutbevölkerung. Jetzt, da alle - wenn auch nicht in gleichem Maße - in einer Krisensituation leben, rückt auch die soziale Frage wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Politiker*innen der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD sehen sich plötzlich vor der Aufgabe, einen Großteil ihrer Wähler*innen, also den Mittelstand und vor allem die untere Mittelschicht, vor dem Absturz zu retten. Es ist absurd. Die Menschen sollen nun jenen Politiker*innen vertrauen, die diese bedrohliche Situation, die bei der Bewältigung der Corona-Krise entsteht, durch ihre neoliberale Politik herbeigeführt haben: die Doppelkrise eines kaputt gesparten Gesundheitssystems und systematisch ausgeweiteter prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Viele Lücken beim *Sozialschutz-Paket*

Die deutsche Bundesregierung beschloss Ende März 2020 ein sogenanntes *Sozialschutz-Paket*. Es sollte den Zugang zu Sozialleistungen erleichtern. So werden für die Neuzugänge beim Arbeitslosengeld II die Vermögensprüfungen ausgesetzt, ebenso werden *tatsächliche* Wohnungskosten übernommen. Es gibt einen vereinfachten Zugang zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II), zur Sozialhilfe und zum Kindergeldzuschlag, eine leichtere Weiterbeschäftigung bei Renteneintritt, Entschädigung bei der Kinderbetreuung, Zuverdienst bei Kurzarbeit für systemrelevante Arbeit und eine ausgeweitete Höchstdauer für geringfügige Beschäftigung (Saisonarbeit). Soziale Dienstleister werden finanziell unterstützt und so abgesichert.

Mit dem *Sozialschutz-Paket* war die Hoffnung verbunden, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abfedern zu können. Vergessen wurden dabei aber jene, die bereits in Einkommensarmut leben und die für die besser abgesicherte Mittelschicht als Drohkulisse fungieren. Sie haben keine Lobby, und meistens wählen sie auch nicht. Konsumieren können sie ebenfalls nur eingeschränkt. Der Regelsatz der Grundsicherung beträgt aktuell 432 Euro monatlich für Alleinstehende oder den Haushaltsvorstand. Sechs Millionen Menschen leben von Hartz-IV-Leistungen, rund eine Million Menschen müssen mit der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auskommen. Dazu kommen Asylbewerber*innen, obdachlose EU-Bürger*innen, Niedriglöhner*innen, Studierende, die Lohnarbeiten müssen, arme Künstler*innen.

Es sind die kleinen Details, die Vielzahl einzelner, nicht immer gravierend erscheinender Maßnahmen, die für Armutsbetroffene schmerzlich sind. Kinder sollen Homeschooling machen – wovon aber sollen Hartz IV beziehende Familien Computer für ihre Kinder bezahlen?¹ Der Regelsatz ist so knapp berechnet, dass es für die Familien schwierig ist, über die Runden zu kommen. Wie sollen die kostenlosen Mittagessen für arme Kinder, die diese bislang in den Schulen erhielten, ersetzt werden?² Zudem leben viele in beengten Wohnverhältnissen – und das in Zeiten, da die schulischen und außerschulischen Angebote wegbrechen. Was ist mit den Alleinerzie-

1 Inzwischen wurden für die Digitalisierung des Schulunterrichtes Gelder ausgeschüttet. Aber ein Zuschuss von 150 Euro reicht nicht für den Kauf eines Laptops.

2 Es wurden Essens-Fahrdienste installiert, die allerdings kritisiert wurden.

henden? Wie sollen sie ihre Kinder betreuen, wenn sie arbeiten müssen? In Deutschland sind rund 1,78 Millionen Alleinerziehende erwerbstätig, mehr als 450.000 arbeiten in den sogenannten systemrelevanten Berufen.

Viele jener Menschen, die in ›systemrelevanten‹ Bereichen arbeiten, werden gering bezahlt – wie Pfleger*innen, Verkäufer*innen oder LKW-Fahrer*innen. Lohnerhöhungen stehen zurzeit nicht in Aussicht – stattdessen wurden Änderungen an der Arbeitszeitverordnung vorgenommen. Für ›systemrelevante‹ Berufe bedeutet dies: eine bis 30. Juni 2020 geltende Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf bis zu zwölf Stunden, bei einer Beschränkung auf maximal 60 Stunden in der Woche; die Zulässigkeit von Sonntags- und Feiertagsarbeit; eine Verkürzung der Ruhezeiten. Die Betroffenen sind nicht nur mehr Stress, sondern zudem einer stärkeren gesundheitlichen Gefährdung ausgesetzt. Die Möglichkeit, Krankschreibungen per Telefon zu erwirken, sollte zwischenzeitlich von der Politik wieder aufgehoben werden, was aber wegen massiver Proteste unterblieb; zuvor hatten sich gegen den Rat von Ärzt*innen und Krankenkassen zunächst die ›Arbeitgeber*innen‹ durchgesetzt. Zum 31. Mai ist die Sonderregelung ausgelaufen.

In anderen prekären Bereichen – zum Beispiel der Gastronomie und der Hotellerie – müssen die Lohnarbeitenden mit dem Risiko der Erwerbslosigkeit oder der Kurzarbeit leben, wobei das Kurzarbeitergeld kaum zum Überleben reicht. Die ›Arbeitgeber*innen‹ hingegen bekommen Löhne und Sozialbeiträge erstattet. Dort, wo Arbeitsrechte schon vor vorher kaum galten, versuchen die ›Arbeitgeber*innen‹ nun, die Beschäftigten schnell loszuwerden. Ältere Menschen, die wegen niedriger Renten arbeiten müssen und deren Minijobs wegbrechen, bekommen nichts. Dafür dürfen sie 2020 mehr hinzuverdienen, statt 6.300 Euro sind es jetzt 44.590 Euro – falls in Krisenzeiten überhaupt Lohnarbeit zu finden ist. Diese Änderung gilt nicht für die Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter³ und bei Erwerbsminderung. Deren Zuverdienst wird zu 70 Prozent angerechnet. Diese Gruppe der Sozialamtsabhängigen wurde bislang in der Krise schlicht ausgeblendet, dabei gehört sie oftmals zu den Risikogruppen. Aber ihnen fehlt ganz einfach eine in der Öffentlichkeit vernehmbare Stimme.

3 Diese Form der Grundsicherung bekommen Erwerbsminderungs- und Altersrentner*innen in Deutschland, deren Rente zu niedrig ist und mit Grundsicherung aufgestockt wird. Die Höhe von Rente und Grundsicherung entspricht dem Hartz-IV-Regelsatz.

Für Unternehmen wie Adidas und Lufthansa werden Rettungspakete geschnürt, am unteren Ende der Gesellschaft aber kommen kaum Hilfeleistungen an. Je größer das Unternehmen, desto einfacher ist es, staatliche Unterstützung zu erhalten. Selbst in den Jobcentern wird eine soziale Spaltung zwischen ›oben‹ und ›unten‹ erkennbar. »Wir haben eine Zweiklassengesellschaft der Erwerbslosen«, kritisiert Harald Thomé von *Tacheles e.V.*

»Auf der einen Seite haben wir nun die ›guten Erwerbslosen‹. Die, die nichts für ihre Situation können, weil Corona daran schuld ist. Auf der anderen Seite gibt es die restlichen Beziehenden, die schlechter gestellt sind. Dabei sind sie in den allermeisten Fällen genauso unverschuldet in die Erwerbslosigkeit oder ins Aufstocken gerutscht wie jetzt die Corona-Arbeitslosen.« (Leimbach 2020)

So werden Miete und Heizkosten der Neuanträge für sechs Monate in voller Höhe übernommen. Was aber ist mit jenen, die schon lange einen Teil ihrer Miete aus dem Regelsatz zahlen? Außerdem findet bei den Neuzugängen eine Vermögensprüfung nur statt, wenn ein erhebliches Vermögen von 60.000 Euro vorliegt. Anträge können ohne persönliche Vorsprache telefonisch und online gestellt werden. ›Wegen Corona‹ umfasst der Antrag lediglich fünf Seiten. In normalen Zeiten sind mehr als 40 Seiten mit Anlagen üblich. Beim Jobcenter⁴ sollen ab sofort alle Vorgänge schriftlich geregelt werden. Wie aber sollen Einkommensarme die Formulare für die Hartz-IV-Anträge ausdrucken, wenn ihnen die Drucker fehlen? Was ist mit jenen, die kaum Deutsch sprechen, wer hilft ihnen bei der Formulierung der Anträge, wenn die Beratungsstellen geschlossen sind? Und wie steht es mit der Rechtsgültigkeit dieser Anträge? Wie viele Anträge gehen in den Jobcentern verloren? Sanktionen wegen Meldeversäumnissen wurden ausgesetzt. Was aber geschieht mit jenen, die bereits sanktioniert werden?

Eine Entbürokratisierung in den Jobcentern ist zu begrüßen, die Situation der Langzeiterwerbslosen verbessert sich dadurch jedoch kaum. Viele haben jetzt auch noch ihren Zuverdienst verloren, weil die entsprechenden ›Maßnahmen‹ ausgesetzt wurden. Außerdem wurde der Zugang zu Weiterbildung und Coaching stark eingeschränkt. Auch Bewerbungen sind in diesen Zeiten aussichtsloser geworden. Die Situation wird sich aufgrund der wirtschaftlichen Krise noch verschlechtern. »Heute kam zum Beispiel

4 Jobcenter betreuen Arbeitslosengeld-II-Bezieher*innen in Deutschland, zahlen das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) aus und agieren aktivierend nach der Devise ›Fordern und Fördern‹.

die Meldung, dass die Jobcenter in Berlin in diesem Monat mit 100.000 Neuanträgen rechnen. [...] Der Laden wird komplett untergehen«, so Harald Thomé vom *Tacheles e.V.* gegenüber *Radio Dreyeckland* (NN 2020). Am 31. März meldete die Bundesagentur für Arbeit (BA), dass seit etwas mehr als zwei Wochen 470.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet hätten. Die BA ging von einem Zuwachs von bis zu 200.000 Arbeitslosen im April in Deutschland aus. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) schätzt allein für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende, dass etwa 1,2 Millionen Bedarfsgemeinschaften⁵ und damit etwa doppelt so viele Menschen zusätzlich grundsicherungsbedürftig werden könnten.

Wir sollen soziale Kontakte meiden und in unseren Wohnungen bleiben. Worin aber bestehen die Schutzmaßnahmen für Obdachlose, ob EU-Bürger*innen oder nicht? Und was ist mit Bettler*innen, Pfandsammler*innen und Straßenzeitungsverkäufer*innen, die kaum noch Einnahmen haben, weil das öffentliche Leben heruntergefahren ist? Wer spannt ihnen einen Rettungsschirm auf? Wer denkt an die Sammelunterkünfte, sei es für Asylbewerber*innen oder für Wohnungslose? Welche Pläne gibt es zum gesundheitlichen Schutz der Strafgefangenen? Was ist mit Menschen ohne Krankenversicherung? Es stellen sich viele Fragen, die im *Sozialschutz-Paket* nicht beantwortet werden.

Armut macht krank

Gesundheit ist eine Frage der Klasse, weil es einen starken Zusammenhang zwischen sozialem Status und Gesundheit gibt.

»Corona ist damit nicht einfach ›nur‹ eine gefährliche Viruserkrankung, sondern Teil eines umfassenden sozialen Verhältnisses, in dem Ansteckungsgefahren, Überlebenschancen und generell die Lebenserwartung immer auch davon abhängen, welchen ökonomischen Status eine Person genießt. Auch jenseits akuter Krisen ist Gesundheit eine soziale Frage«,

so Nelli Tügel in der monatlich erscheinenden Zeitung *analyse & kritik (ak)* (Tügel 2020). Laut einer Studie des *Robert-Koch-Instituts* sterben rund 13 Prozent der Frauen und 27 Prozent der Männer mit niedrigem Einkom-

5 Eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft (BG) liegt vor, wenn mehrere Personen im selben Haushalt mit Erwerbsfähigen zusammenleben und den Haushalt wirtschaftlich gemeinsam betreiben.

men vor Vollendung des 65. Lebensjahres. »Die Differenz in der mittleren Lebenserwartung bei Geburt zwischen der niedrigsten und höchsten Einkommensgruppe beträgt bei Frauen 4,4 Jahre und bei Männern 8,6 Jahre« (Lampert/Hoebel/Kroll 2019: 3).

In einem sich als Leistungsgesellschaft verstehenden Staat besteht für einkommensarme und von Armut bedrohte Menschen eine höhere Wahrscheinlichkeit, >psychisch krank< zu werden, als für finanziell abgesicherte Personen. Umgekehrt gilt: Menschen in psychischen Krisen sind statistisch gesehen eher arm als gesunde Menschen. Oftmals leiden die Betroffenen an der Stigmatisierung und nehmen fast nur noch Angebote der (sozial-) psychiatrischen Versorgung wahr. Mit dem allgemeinen Shutdown ging auch ein weitgehender Shutdown der psychosozialen Versorgung einher: Viele Beratungsstellen und Selbsthilfetreffpunkte wurden geschlossen. Die Psychologin Dagmar Schediwy schreibt:

»Soziale Isolierung wird momentan als Königsweg zur Eindämmung der Corona-Pandemie angesehen. [...] Informationen über die Langzeitfolgen sozialer Isolierung lassen sich der Märzausgabe der Wissenschaftszeitschrift *The Lancet* entnehmen. Hier wurden 24 Studien aus mehreren Ländern zusammengefasst. Alle erhoben die psychische Befindlichkeit von Menschen, die während früherer Epidemien unter Quarantäne standen. Auch Jahre danach zeigten sich negative Effekte wie Schlafstörungen, Ängste und Depressionen. [...] Besonders anfällig für Langzeitfolgen waren Menschen in Gesundheitsberufen und Personen mit niedrigem Einkommen.« (Schediwy 2020)

Einkommensarme haben die Krise als Erste zu spüren bekommen. Viele soziale Einrichtungen wurden geschlossen. Dabei geht es für ärmere Menschen nicht nur um materielle Dinge, sondern auch um soziale Kontakte, denn sie leiden häufiger unter sozialer Isolation und Einsamkeit. Es war lange unklar, ob der Erhalt sozialer Einrichtungen überhaupt in das *Sozialschutz-Paket* aufgenommen wird. In manch anderem Teil der Welt sieht es für die Armutbevölkerung noch schlimmer aus. 1,6 Millionen Menschen leben im Département Seine-Saint-Denis im Norden und Nordosten von Paris. Dort wohnen sie extrem beengt in Betonburgen. Die Bewohner*innen des Viertels sind Kassierer*innen im Supermarkt, Krankenpfleger*innen, Reinigungskräfte, Lieferfahrer*innen oder Pflegekräfte. Dort ist das Ansteckungsrisiko besonders groß. In diesem Département verstarben fast 30 Prozent mehr als im nationalen Durchschnitt

des Landes an Covid-19. In New York besteht ein großer Unterschied zwischen armen und reichen Gebieten. In den reichen dicht besiedelten Gebieten arbeiten die Bewohner*innen im Homeoffice und lassen sich mit Lebensmitteln beliefern, während sich die Bevölkerung in den armen, dicht besiedelten Vierteln auf die Straße, in die Busse, Bahnen und Supermärkte begeben muss, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Betroffen ist vor allem die Schwarze Bevölkerung, deren Todesrate bei Covid-19 sechsmal höher ist als der Durchschnitt. *Oxfam* (2020) warnt vor den weltweiten Folgen:

»Im Globalen Süden haben fast drei Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser oder angemessener medizinischer Behandlung. Millionen leben in überfüllten Slums oder Flüchtlingscamps, in denen es unmöglich ist, den gebotenen Abstand zu Mitmenschen einzuhalten. Frauen werden besonders betroffen sein, denn sie stellen 70 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen und übernehmen einen Großteil der unbezahlten Pflege- und Fürsorgearbeit.«

Lohnarbeit bleibt Priorität im Corona-Kapitalismus

»Es ist sicher leichter, auf ein Konzert, einen Klubbesuch, ein Fußballspiel zu verzichten als auf den täglichen Weg zur Arbeit«, sagte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Damit machte er eines klar: Der Arbeitszwang wird im Corona-Kapitalismus aufrechterhalten. Daher ist die Ansteckungsgefahr für viele Lohnabhängige, die sich nicht in ihr Haus oder ihre Wohnung zurückziehen können, besonders groß. Erwerbstätige werden unterschiedlich behandelt: Während die einen keine Gehaltseinbußen treffen, müssen die anderen um ihre Existenz bangen. Weitgehend verschwiegen in der öffentlichen Debatte wird bislang die Rolle des privaten Vermögens und Reichtums. Manche können aufgrund von Erbschaften und anderem Vermögen lange durchhalten, viele andere sind dagegen genötigt, sich an das Jobcenter zu wenden.

In einer allgemeinen Krisensituation offenbart sich ganz konkret die soziale Spaltung in der Gesellschaft. Von Forderungen nach einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, zum Beispiel der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, ist in diesen Zeiten jedoch kaum etwas zu hören. Es wurden allerdings etliche emanzipatorische Forderungen aufgestellt. Beispielhaft sei auf die umfassenden Vorschläge und Ideen von *Tacheles e.V.*, einem Erwerbslosen- und Sozialhilfverein in Wuppertal, verwiesen.

Neben Corona-Einmalzahlungen und -Zuschlägen forderte er zum Beispiel den rechtlichen Anspruch auf Unterbringung in Pensionen oder Hotels für Wohnungslose (Tacheles e.V. 2020).

In der Krise wird die Bedeutung des Sozialstaates sichtbar. Dieser ist >systemrelevant< – für viele Menschen geht es schließlich um die nackte Existenz. Auch wenn der Sozialstaat der sozialen Befriedung dient, wie manche Linksradikale einwenden werden, sollten soziale Rechte verteidigt werden.

Für den Erhalt einiger Maßnahmen, die jetzt beschlossen wurden, werden wir nach der Krise kämpfen müssen: für die Aussetzung von Zwangsräumungen und Stromsperrern; für mehr Mieterschutz und den Verzicht auf Kündigungen bei Mietschulden; für den Verzicht auf Sanktionen wegen Meldeversäumnissen im Jobcenter, weil es keine Meldetermine mehr gab; für einen erleichterten Zugang zu Sozialleistungen; für die Zahlung der vollen Unterkunftskosten und den Verzicht auf Vermögensanrechnung für die Neuzugänge bei den Jobcentern und Arbeitsagenturen. Es gilt also, nicht abzuwarten, sondern unseren Kampf in den Medien, im Internet, in der Politik, in der Öffentlichkeit und im Alltag fortzuführen.

Erweiterte und überarbeitete Fassung des gleichnamigen Artikels in *analyse & kritik* vom 1.4.2020. <https://wirkommen.akweb.de/2020/04/von-umverteilung-ist-kaum-etwas-zu-hoeren/> (24.8.2020).

Literatur

- Lampert, Thomas / Hoebel, Jens / Kroll, Eric Lars (2019): Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung in Deutschland. Aktuelle Situation und Trends. In: *Journal of Health Monitoring* 2019 4(1). S. 3-15.
- Leimbach, Alina (2020): Die guten Erwerbslosen. In: *Neues Deutschland* 11.4.2020. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1135374.hartz-iv-die-guten-erwerbslosen.html> (24.8.2020).
- NN (2020): Hilfe für Sozialleistungsbeziehende in der Coronakrie (sic!). Sozialschutzpaket geht Richtung Mittelstand, lässt aber einkommensschwache Schichten außen vor. <https://rdl.de/beitrag/sozialschutzpaket-geht-richtung-mittelstand-l-sst-aber-einkommensschwache-schichten-au-en> (20.6.2020).
- Oxfam Deutschland (2020): Oxfams 5-Punkte-Plan, um Menschen weltweit vor Corona zu schützen. www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/corona-krise-oxfams-5-punkte-plan-um-menschen-weltweit-corona-schuetzen (21.4.2020).

-
- Schediwy, Dagmar (2020): Angst, Verzweiflung, Aggressionen. In: taz 19.4.2020.
- Tacheles e.V. (2020): Ein umfassendes Forderungspaket an die Politik und Verwaltung.
<https://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/aktuelles/d/n/2626/> (21.4.2020).
- Tügel, Nelli (2020): Vor dem Virus sind nicht alle gleich. In: analyse & kritik Nr. 658.
<https://www.akweb.de/politik/vor-dem-virus-sind-nicht-alle-gleich/> (24.8.2020).